

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Drⁱⁿ Ruperta Lichtenecker, Drⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek,
Freundinnen und Freunde

betreffend Position der österreichischen Bundesregierung zur europäischen
Klimaschutz- und Energiepolitik beim EU-Rat am 8. und 9. März 2007

eingebraucht im Zuge der Debatte über das Arbeitsprogramm der deutschen Präsidentschaft (EU-
Thema gem. § 74b GOG)

Alle KlimawissenschaftlerInnen sind sich einig, dass die Treibhausgasemissionen bis
2020 um 30% und bis 2050 um 80% reduziert werden müssen, um das Ziel, die
globale Erwärmung auf maximal 2 Grad Celsius zu beschränken, zu erreichen.

Auf EU-Ebene muss Österreich daher als Motor für weitreichenden Klimaschutz
auftreten. Das von den EU-Umweltministern am 20.2.2007 vereinbarte
Reduktionsziel von Minus 20% Treibhausgase bis 2020 (gegenüber 1990) ist nicht
ausreichend.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundeskanzler wird aufgefordert, sich beim kommenden EU-Rat in Brüssel am
8. und 9. März für die Festlegung folgender verbindlicher EU-Ziele im Bereich
Klimaschutz einzusetzen und einen schwächeren Kompromiss abzulehnen:

- Reduktion der Treibhausgase der EU um 30% bis 2020
- Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am EU-Energieverbrauch auf
mindestens 20% bis 2020, Senkung des EU-Energieverbrauchs um mindestens
20% bis 2020,
- strenger Klima-Standard für PKW: maximal 120g CO₂/km verbindlich ab 2012,
- rasche Einführung einer Kerosinbesteuerung auf EU-Ebene.
- Klare Absage an eine weitere Subventionierung der Atomindustrie, radikale
Reform des Euratom-Vertrags im Rahmen einer Revisionskonferenz